

Antrag

der Fraktion Die Linke

Berliner Bäder für alle

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, den Berliner Bädervertrag zu erfüllen und sicherzustellen, dass die Berliner Bäder-Betriebe ihrem sozialen Auftrag nachkommen können. Dabei soll ausgeschlossen werden, dass künftig willkürliche Kürzungsmaßnahmen das Leistungsangebot für Gäste von Bädern und Saunen weiter einschränken. Stattdessen sind Standards für die Berliner Bäder und Saunen zu definieren und einzuhalten.

Den Berliner Bäder-Betrieben sind die notwendigen Zuschüsse für Energiekosten bereitzustellen, damit die Stütztemperatur von 22°C in den Sommerbädern aufrechterhalten werden kann und die Saunen in Hallenbädern wieder geöffnet werden können.

Ferner wird der Senat dazu aufgefordert, den Berliner Bäder-Betrieben die notwendigen finanziellen Mittel bereitzustellen, damit die Sommersaison in den Bädern über das Ende der Schulferien am 7. September 2025 hinaus verlängert werden kann.

Ebenso wird der Senat dazu aufgefordert mit den Berliner Bäder-Betrieben das Preissystem zu überarbeiten mit dem Ziel, bisherige soziale Ermäßigungen und Rabatte für treue Nutzer*innen zu erhalten sowie die Einteilung der Bäder in drei Preis-Kategorien zurückzunehmen. Eintritte für die Berliner Bäder sollten nicht abhängig vom Wohnort sein.

Dem Abgeordnetenhaus ist bis zum 30. Juni 2025 zu berichten.

Begründung:

Öffentliche Schwimmbäder sind ein unverzichtbarer Bestandteil der Daseinsvorsorge und der sozialen Infrastruktur Berlins. Sie dienen nicht nur der Erholung und dem Sport, sondern sind auch wichtige soziale Treffpunkte, Orte der Gesundheitsförderung und ermöglichen gesellschaftliche Teilhabe für alle Bevölkerungsschichten. Gerade in einer wachsenden und sich verdichtenden Stadt wie Berlin gewinnen solche niedrigschwelligen Angebote an Bedeutung. Aus linker Sicht ist der Zugang zu diesen Einrichtungen ein soziales Recht, das unabhängig vom Geldbeutel oder Wohnort gewährleistet sein muss.

Sicherstellung der Energieversorgung (Temperatur & Saunen):

Die Absenkung der Wassertemperaturen und die Schließung von Saunen als Reaktion auf gestiegene Energiekosten stellen eine unsoziale Sparmaßnahme dar. Sie trifft insbesondere kälteempfindliche Menschen wie Kleinkinder, ältere Bürger*innen sowie Menschen mit bestimmten gesundheitlichen Einschränkungen. Eine Wassertemperatur von 22°C ist das Minimum, um ein für alle angenehmes und gesundheitsförderndes Schwimmen zu ermöglichen. Saunen sind zudem gesundheitsfördernde Angebote, deren Wegfall gerade Menschen ohne Zugang zu teuren privaten Wellnessseinrichtungen benachteiligt. Der Senat steht in der Pflicht, die öffentliche Infrastruktur so zu finanzieren, dass sie ihren Zweck erfüllt und für alle nutzbar bleibt. Die Kosten dürfen nicht auf dem Rücken der Nutzer*innen durch eine Reduzierung der Angebotsqualität abgewälzt werden. Dies ist eine Frage der sozialen Gerechtigkeit.

Verlängerung der Sommersaison:

Die Verkürzung der Sommersaison auf die Schulferienzeit ignoriert die Bedürfnisse vieler Berliner*innen. Nicht alle haben die Möglichkeit zu verreisen und gerade für Familien mit geringem Einkommen, Berufstätigen oder ältere Menschen sind die Freibäder auch nach den Ferien eine wichtige Freizeit- und Erholungsmöglichkeit, insbesondere bei anhaltend warmem Wetter im Spätsommer. Eine Verlängerung der Saison bis über den 7. September hinaus ist ein Gebot der sozialen Vernunft und trägt der Lebensrealität in der Stadt Rechnung. Sie sichert ein wichtiges Freizeitangebot für alle, die in der Stadt bleiben.

Überarbeitung des Preissystems:

Die aktuelle Preisstruktur mit verschiedenen Kategorien je nach Badstandort führt zu einer sozialen und räumlichen Spaltung. Es ist nicht akzeptabel, dass der Eintrittspreis davon abhängt, in welchem Bezirk ein Bad liegt. Dies widerspricht dem Grundsatz der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse und der Idee einer solidarischen Stadtgesellschaft. Öffentliche Einrichtungen müssen für alle zugänglich sein, unabhängig vom Wohnort oder der vermeintlichen Attraktivität des Bades. Die Beibehaltung und der Ausbau sozialer Ermäßigungen (für Geringverdienende, Familien, Studierende, Rentner*innen etc.) sind essenziell, um echte Teilhabe zu ermöglichen. Ebenso ist die Honorierung von treuen Nutzer*innen durch Rabatte ein Zeichen der Wertschätzung und fördert die Bindung an die wichtigen öffentlichen Angebote. Die Rücknahme der Preiskategorisierung und die Sicherung sozialer Tarife sind daher zentrale Schritte zu mehr Gerechtigkeit und Gleichheit im Zugang zur öffentlichen Daseinsvorsorge.

Dieser Antrag zielt darauf ab, die Berliner Bäder als wichtigen Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge zu stärken und für alle Berliner*innen zugänglich und attraktiv zu halten. Er stellt sich gegen eine Politik, die öffentliche Angebote unter reinen Kostengesichtspunkten betrachtet und dabei soziale Aspekte vernachlässigt. Es ist eine Investition in die

Lebensqualität, die Gesundheit und den sozialen Zusammenhalt in unserer Stadt, die der Senat im Sinne einer solidarischen Politik sicherstellen muss.

Berlin, den 13.05.2025

Helm Schulze Ronneburg
und die übrigen Mitglieder der Fraktion
Die Linke